



Protokoll der 9. Sitzung des Einwohnerrates

vom 22. April 2009, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 39 Mitglieder

Entschuldigt: Paul Finkbeiner

Traktanden	Laufnummer
1. Ersatzwahl in die Geschäftsprüfungskommission (GPK) <i>://: Wahl von Martin Spiess in GPK.</i>	2009/51
2. Berichte des Stadtrates und Geschäftsprüfungskommission betreffend Auditierung der Sozialen Dienste <i>://: Anträgen des Stadtrates sowie der GPK zugestimmt.</i>	2008/16 2008/16a
3. Berichte des Stadtrates und der Spezialkommission familienergänzende Tagesstrukturen zur Einführung familienergänzender Tagesstrukturen an den Schulen Liestal <i>://: Einführung familienergänzende Tagesstrukturen beschlossen.</i>	2005/62 2005/62a 2005/62b 2005/62c
4. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betref- fend Weidelibächlein/Weideliweg: Vergrösserung Bachdole Weideli- bächlein und Neubau Schmutzwasserkanalisation Weideliweg; Geneh- migung Bauprojekte und Baukredite <i>://: Anträgen des Stadtrates und der BPK zugestimmt.</i>	2009/44 2009/44a
5. Liegenschaftshandel – Verkauf Liegenschaft Erzenbergstrasse 51/53, Parzellen 1121/2139 <i>Vertagt.</i>	2009/50
6. Teilzonenvorschriften Zentrum, Mutation – Gebiet Wasserturmplatz <i>://: Überweisung an BPK.</i>	2009/52
7. Wasserturmplatz, Neugestaltung: Projekt- und Kreditgenehmigung <i>://: Überweisung an BPK.</i>	2009/53
8. Postulat von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion betreffend besseren Anbindung des kantonalen Verwaltungsbezirks an die Altstadt <i>Vertagt.</i>	2009/46
9. Postulat von Hanspeter Zumsteg der Grünen Fraktion und Regula Nebi- ker der SP-Fraktion betreffend Verwendung Finanzausgleich-Mehrertrag zur Stützung des Gewerbes <i>Rückzung von Vorstoss durch Postulanten.</i>	2009/45

- | | | |
|-----|--|---------------------------------|
| 10. | Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion betreffend „Pädagogische Hochschule gehört nach Liestal“
<i>Erledigt nach Beantwortung durch Stadtrat.</i> | 2008/19 |
| 11. | Schriftliche Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion betreffend Erhöhung der Strompreise per 1. Oktober 2007 und Januar 2009
<i>Vertagt.</i> | 2008/23
2008/23a
2008/23b |
| 12. | Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion betreffend neues Buskonzept
<i>Vertagt.</i> | 2008/24 |
| 13. | Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Margrit Siegrist der SVP-Fraktion betreffend Verkehrsumlagerung im Zentrum
<i>Vertagt.</i> | 2009/41 |
| 14. | Postulat von Margrit Siegrist und Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion betreffend Tourismusförderung Liestal
<i>Vertagt.</i> | 2009/42 |
| 15. | Postulat von Matthias Zimmermann der SP-Fraktion betreffend professionellem Stadt- und Standort-Entwicklungsprogramm für Liestal
<i>Vertagt.</i> | 2009/47 |
| 16. | Fragestunde | - |

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen Einwohnerratssitzung.

Speziell wird Herr Martin Spiess als neues Parlamentsmitglied der FDP-Fraktion und Nachfolger von Herrn Nils Henn zu seiner ersten Ratssitzung begrüsst und willkommen geheissen.

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 25. März 2009

Der Einwohnerratspräsident informiert darüber, dass vom Ratsbüro am 16. April 2009 das Protokoll der letzten Einwohnerratssitzung vom 25. März 2009 ohne Änderungen genehmigt wurde.

Mitteilungen des Ratsbüros

- Den Anwesenden sind folgende Unterlagen als Tischpapier verteilt worden: Einladung zu Weltküche-Anlass vom 02.05.2009, Einladung zu Sonderausstellung „Spurwechsel“ im Dichter- und Stadtmuseum Liestal, Einladung zu Jubiläums-Buremärt vom 25.04.2009 sowie Einladung/Infobroschüre „Gemeinde-Duell“ (schweiz.bewegt) vom 05.-09.05.2009.
- Die nächste Einwohnerratssitzung vom 13.05.2009 wird ausnahmsweise im Stadtsaal des Rathauses stattfinden.

Mitteilungen des Stadtrates

- Stadträtin Martin Schafroth orientiert, vom Stadtrat sind an der gestrigen Sitzung gleich vier Einwohnerratsvorlagen betreffend der Gesamtrevision des Wasserreglementes und Abwasserreglementes sowie der Spezialfinanzierung Wasser und Spezialfinanzierung Abwasser verabschiedet worden. Diese Vorlagen werden zusammen mit der Rechnung 2008 verschickt.
- Stadtpräsidentin Regula Gysin informiert, am 17./18. April 2010 wird die Jubiläums-Eröffnungsfeier „150 Jahre Uni Basel“ in Liestal stattfinden.
- Stadtrat Peter Rohrbach berichtet, die Rechnung 2008 sei am 21.04.2009 vom Stadtrat verabschiedet worden. Über die wichtigsten Ergebnisse kann wie folgt berichtet werden: Rechnung stimmt sehr gut mit Voranschlag überein. Eigenkapital hat um 0,736 Mio. Franken zugenommen und die Selbstfinanzierung beträgt 2,536 Mio. Franken. Der Saldo der Investitionsrechnung beträgt rund 2,8 Mio. Franken und der Finanzierungsfehlbetrag beläuft sich auf 242'000 Franken. Die Bruttoinvestitionen belaufen sich total 9,925 Mio. Franken. Die Rechnung 2008 wird am 30.04.2009 an alle Einwohnerratsmitglieder verschickt.

Stimmzähler/innen

Gemäss Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmzähler/innen für die heutige Sitzung bestimmt:

- | | |
|-------------------------|--------------------|
| - Raissa Bonjour | 1: Seite FDP |
| - Meret Kaufmann | 2: Mitte |
| - Elisabeth Augstburger | 3: Seite SP, Grüne |
| - Vreni Wunderlin | 4: Büro |

Neue persönliche Vorstösse:

- Interpellation von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion betreffend massiven (börsenbedingten?) Unterdeckung der BLKP (Nr. 2009/54)
 - Interpellation von Regina Vogt der FDP-Fraktion betreffend Einführung einer neuen Fussgängerkultur in Liestal (Nr. 2009/56)
 - Motion von Hanspeter Stoll namens der SP-Fraktion betreffend Verbesserung der Verkehrssituation an der Seltisbergerstrasse (Nr. 2009/57)
-

Traktandenliste

a) **Strompreiserhöhungen** (Nr. 2008/23)

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) stellt fest, dass das Zahlenmaterial betreffend der neuen Strompreise nach der letzten Sitzung auf der Verwaltung eingetroffen ist. Die neue Vorlage konnte aber noch nicht aufgearbeitet werden, weshalb das Geschäft auf die Mai-Sitzung verschoben wird. Der Interpellant ist diesbezüglich bereits informiert worden.

://: Dem Vorschlag für die Absetzung des Geschäfts „Strompreis-Erhöhungen“ (Nr. 2008/23) von der Traktandenliste wird grossmehrheitlich zugestimmt.

b) **Finanzausgleich-Mehrertragverwendung** (Nr. 2009/45)

Hanspeter Zumsteg (SP) informiert als Postulant des politischen Vorstosses darüber, dass an der letzten Einwohnerratssitzung die Motion betreffend der Steuersenkung (Nr. 2008/39a) nicht an den Stadtrat überwiesen wurde. Somit wird an der vorgesehenen Planung betreffend dem Schuldenabbau sowie der Investitionstätigkeiten festgehalten, womit auch das Hauptanliegen des politischen Vorstosses Nr. 2009/45 erfüllt wird. Die Grüne Fraktion sowie SP-Fraktion ziehen deshalb das Postulat zurück, erwarten aber vom Stadtrat, dass die vorgeschlagenen Massnahmen bei der Ausarbeitung des neuen Entwicklungsplanes mitberücksichtigt werden.

://: Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis, dass das Postulat Nr. 2009/45 zurückgezogen wird.

c) **Tourismusförderung Liestal** (Nr. 2009/42)

Margrit Siegrist (SVP) beantragt, dass nach dem Rückzug des Postulates Nr. 2009/45 ihr Postulat Nr. 2009/42 vorgezogen und neu als Traktandum-Nr. 9 behandelt wird.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) informiert darüber, dass der Antrag bereits vom Büro abgelehnt worden ist, da die Reihenfolge der Traktanden eingehalten sei. Es obliegt aber dem Einwohnerrat, über den Antrag der Postulantin abzustimmen.

://: Mit 14 Ja-Stimmen gegen 18 Nein-Stimmen wird der Antrag von Margrit Siegrist auf eine Vorverschiebung des Postulates Nr. 2009/42 als Traktandum-Nr. 9 abgelehnt.

d) **Pädagogische Hochschule** (Nr. 2008/19)

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) orientiert, bereits an der letzten Sitzung hatten Schüler der Pädagogischen Schule auf der Tribüne vergeblich auf die Interpellationsbeantwortung gewartet. Diese sind nun auch an der heutigen Sitzung wieder präsent.

://: Dem Antrag des Ratspräsidenten für eine Vorverschiebung beziehungsweise Behandlung der Interpellation als 3. Traktandum wird einstimmig zugestimmt.

69 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Ersatzwahl in die Geschäftsprüfungskommission (Nr. 2009/51)

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) erklärt, anstelle des zurückgetretenen Nils Henn wird von der FDP-Fraktion dessen Nachfolger Martin Spiess als GPK-Ersatzmitglied vorgeschlagen.

Vom Vorsitzenden kann nach erfolgter Umfrage festgestellt werden, dass zum Geschäft und Wahlvorschlag keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Herr Martin Spiess wird gemäss Antrag der FDP-Fraktion einstimmig als Ersatzmitglied der Geschäftsprüfungskommission GPK gewählt.

70 0.01.011.01 Einwohnerrat

**2. Berichte des Stadtrates und Geschäftsprüfungskommission
betreffend Auditierung der Sozialen Dienste (Nr. 2008/16, Nr.
2008/16a)**

Dieter Epple (SVP) stellt als Präsident den GPK-Bericht vor: Der ausführliche Bericht der GPK mit der Lauf-Nummer 2008/16a ist den Einwohnerratsmitgliedern zugestellt worden. Am meisten beschäftigte sich der Einwohnerrat im Zusammenhang mit der Überweisung der Vorlage Nr. 2008/16 an die GPK mit der kurzen und wenig aussagekräftigen Schlussbilanz. Die Überprüfung hat gezeigt, dass die beauftragte Firma „the move consulting ag“ unter der Führung von Herrn Kurt Jaggi wohl eine kurze Schlussbilanz ablieferte, jedoch Abläufe und Details hinterfragte, Feststellungen mitteilte, Stellungnahmen einholte und Empfehlungen abgab. Die Revision durch die ROD-Treuhandgesellschaft erfolgte parallel zum Audit der Sozialen Dienste. Die Abklärungen wurden ohne Zweifel professionell durchgeführt. Zu den Schnittstellen und Abläufen wurde im Audit hingewiesen und seitens GPK diesbezüglich mit den betreffenden Personen gesprochen. Mit dem neu eingeführten Casemanagement wird sich zeigen, inwieweit zusätzliche Anpassungen bei Schnittstellen und der Organisation noch vorgenommen werden müssen. Die GPK empfiehlt, den externen Audit im 2-Jahres-Rhythmus weiterzuführen und auch die Kommunikation im sozialen Bereich sollte verbessert werden, indem die Öffentlichkeit mindestens halbjährlich informiert wird. Eine solche Berichterstattung sieht die GPK in Form von Medienmitteilungen, der Homepage, dem „Liestal aktuell“ etc. und hat thematisch durch die Sozialen Dienste zu erfolgen. Grund für die vermehrte Öffentlichkeitsarbeit ist es, dass dem schwierigen sozialen Umfeld mehr Beachtung und Verständnis geschenkt wird. Betreffend den beiden Anträgen wird auf Punkt 10 des GPK-Berichtes verwiesen.

Stadtpräsidentin Regula Gysin informiert als Departementsvorsteherin darüber, dass das Casemanagement bereits eingeführt wurde. Die im Bericht erwähnte Einführung im Jahre 2009 bezieht sich lediglich auf die Anschaffung einer neuen Software, was auch im Budget eingestellt ist. Der GPK wird für die vertiefte Diskussion und das gezeigte Interesse im Zusammenhang mit der Berichterstattung gedankt.

Regula Nebiker (SP) legt dar, in ihrer Fraktion sind auch nach Vorliegen des GPK-Berichtes nach wie vor einige Fragen unbeantwortet, welche bereits an der Sitzung vom Oktober 2008 thematisiert wurden: Wie man soeben erfahren konnte, ist das Casemanagement eingeführt worden, doch weshalb ist man diesbezüglich nicht früher informiert worden? Sind die Führungs- und Schnittstellenprobleme nun behoben worden oder hat es zwischenzeitlich gar neue Probleme gegeben? Verschiedene griffige Konzepte betreffend Arbeitsloseneinsätzen und Beschäftigungsprogrammen wurden lanciert. Wo harzt es, dass diese trotz politischer Unterstützung nicht umgesetzt werden? Wiederum ist die Rede von einer Neuorientierung der Sozialen Dienste. Bereits im Jahre 2002/2003 hatte eine Reorganisation der Sozialen Dienste stattgefunden. Auf welcher Basis beruht denn die erwähnte Neuorientierung und weshalb drängt sich eine solche erneut auf? Im Bereich der Sozialen Dienste harzt es an der politischen Kommunikation und eine vermehrte Transparenz ist nötig. Ein kritischeres und hartnäckigeres Nachfragen durch die GPK, beispielsweise im Zusammenhang mit der vorangezeigten neuen Personalaufstockung, wäre wünschenswert gewesen. Gegebenenfalls müsste die GPK nochmals hartnäckiger verschiedene Fragen abklären. Spätestens aber im Zusammenhang mit dem nächsten Audit sollte man griffigere Informationen zu den verschiedenen Punkten und Fragen erhalten.

Erika Eichenberger (GL) kann das Votum ihrer Vorrednerin unterstreichen. Ihre Fraktion wird den GPK-Bericht zur Kenntnis nehmen. Zurückblickend muss aber festgestellt werden, dass ein Grund bzw. Auslöser für die Wiederholung der Audits beispielsweise der überproportionale Sockelanteil an Sozialhilfeempfängern von Liestal war. Mit dem Audit hatte man eine solide Entscheidungsbasis erwartet. Auch mit dem neuen Audit sind verschiedene Fragen nach wie vor unbeantwortet, weshalb auch keine politische Weichenstellung möglich ist. Auch die Einführung des Casemanagements ist seit dem Jahre 2002 ein Dauerthema und die verschiedenen Informationspannen hatten zu unnötigem Wirbel und Diskussionen Anlass gegeben. Auch den vorliegenden Berichten kann nicht entnommen werden, wo die Ursache der Schnittstellenproblematik liegt. Erfreut darf aber festgestellt werden, dass bei den Sozialen Diensten eine sukzessive Entwicklung in die richtige Richtung feststellbar ist. Erstaunt hatte auch der Berichtspunkt betreffend dem angeblich mangelnden Interesse im Zusammenhang mit den Langzeitarbeitslosenprojekten. Ihre Fraktion stellt den Antrag, dass die Empfehlung der GPK gemäss Pkt. 9 des GPK-Berichtes nicht zur Kenntnis genommen, sondern als verbindlich erklärt wird: *2-jährlich soll durch einen externen unabhängigen Experten ein fachspezifisches Audit zur Qualitätssicherung durchgeführt und durch die GPK geprüft werden.*

Markus Meyer (SVP) berichtet, seine Fraktion werde den Anträgen der GPK zustimmen. Verschiedene Punkte der Vorrednerinnen können unterstützt werden. Zum Geschäft möchte er ein paar persönliche Bemerkungen anbringen: Die mehrmalige Auditierung durch dieselbe Firma bringt Vor- und Nachteile mit sich. Als vorteilhaft erweist es sich, dass die Firma die verschiedenen Aspekte kennt und Anregungen einbringen kann. Ein wesentlicher Nachteil dürfte aber sein, dass eine gewisse Abhängigkeit zur Stadt als Auftraggeberin besteht und die beauftragte Firma deshalb verschiedene heisse Eisen nicht anfassen möchte. So kann auch seinerseits bestätigt werden, dass das Problem betreffend der Leitung der Sozialen Dienste nie konkret angefasst wurde. Betreffend der Personalaufstockung sei festgehalten, dass erst vor kurzer Zeit das Sekretariat mit einer 50%-Stelle aufgestockt wurde. Das Grundübel liegt aber bei der Leitung der Sozialen Dienste und als früheres Sozialhilfebehördenmitglied konnte er selbst feststellen, dass in der Führung gewisse Sachen nicht klappen, die Mitarbeitenden verunsichert sind oder gar mit ihren Probleme alleine gelassen wurden. Auch vom kantonalen Sozialamt wurden schon kritische Bemerkungen gemacht, die nicht einfach unter den Tisch gewischt werden sollten. Ein guter und effizient funktionierender Sozialer Dienst kann auch Gelder einsparen.

Sabine Sutter (FDP) sagt, auch die FDP-Fraktion nehme vom GPK-Bericht kritisch Kenntnis. Das Meiste und Wichtigste wurde bereits gesagt. Besonders wichtig scheint ihr die Überprüfung der künftigen Auditberichte durch die GPK sowie verbesserte Information von Einwohnerrat und Bevölkerung durch die Sozialen Dienste.

Sabine Ammann (CVP/EVP/GLP) berichtet, auch in ihrer Fraktion sind nach Vorliegen des GPK-Berichtes unguete Gefühle aufgekommen und längere Diskussionen wurden geführt. Die Informationen über das durchgeführte Audit waren unzureichend, um sich ein Urteil bilden zu können. Der Eindruck bleibt teilweise bestehen, dass über die Umstände in den Sozialen Diensten nicht die ganze Wahrheit gesagt wird. Nur mit einer besseren Information können Mängel und auch Stärken besser sichtbar gemacht werden. Die GPK-Anträge und auch der Änderungsantrag betreffend der Verbindlichkeitserklärung der GPK-Empfehlungen werden von ihrer Fraktion unterstützt.

Vreni Wunderlin (FDP) hält fest, dass von der GPK kritische Fragen gestellt wurden und der diesbezügliche Fragenkatalog kann jederzeit eingesehen werden. Nur mit weiteren Audits können Stärken und Schwächen aufgezeigt werden. Den Mitarbeitenden der Sozialen Dienste wird für die Erledigung der nicht immer einfachen Arbeiten und Aufgaben gedankt.

Stadtpräsidentin Regula Gysin nimmt zu verschiedenen Aussagen Stellung: Die Sozialen Dienste von Liestal arbeiten professionell, sind aber auch abhängig von verschiedenen Faktoren wie Wirtschaftslage etc. Die neue Software für das Casemanagement beläuft sich auf rund 100'000 Franken und muss vom Einwohnerrat noch beschlossen werden. Betreffend der Führung und Leitung der Sozialen Dienste wird betont, dass Zweifel nicht berechtigt sind, da seit anfangs 2009 ein neuer Abteilungsleiter der Sozialen Dienste im Amt ist. Dieser konnte bereits Optimierungen bei der Fallbearbeitung sowie Kommunikation vornehmen. Die erwähnten Schnittstellen haben sehr stark mit der Buchhaltung zu tun. Betreffend der fehlenden beruflichen Integration wird festgehalten, dass diesbezügliche Projekte schon mehrmals thematisiert wurden. Trotz guten Angeboten in Liestal und in der näheren Umgebung muss aber doch auch immer wieder bilanziert werden, dass es Personen gibt, welche im Berufsleben nicht mehr integriert werden können. Sie ist froh darüber, dass eine vermehrte Information des Einwohnerrates und der Bevölkerung gewünscht wird.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) informiert über Abstimmungsprozedere und verliest den Wortlaut des Antrages der Grünen Fraktion.

- ://: Den Anträgen der GPK sowie des Stadtrates betreffend der Kenntnisnahme der Berichte des Stadtrates (Nr. 2008/16) und der GPK (Nr. 2008/16a) wird mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung zugestimmt.

- ://: Dem Antrag der GPK für die Abschreibung des Geschäftes „Reorganisation Soziale Dienste“ (Nr. 2002/79) wird grossmehrheitlich mit 1 Enthaltung zugestimmt.

- ://: Dem Antrag der Grünen Fraktion, dass 2-jährlich durch einen externen unabhängigen Experten ein fachspezifisches Audit zur Qualitätssicherung durchgeführt und durch die GPK geprüft werden soll, wird mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung zugestimmt.

71 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Antwort des Stadtrates auf die Interpellation von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion betreffend „Pädagogische Hochschule gehört nach Liestal“ (Nr. 2009/45)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Die Pädagogische Hochschule („Semi“) gehört nach Liestal!

Die heutige Pädagogische Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz PH FHNW, das ehemalige Kantonale Lehrerseminar Basel-Landschaft, ist in Liestal über verschiedene Standorte verteilt: Seit mehr als 40 Jahren ist der Hauptsitz an der Kasernenstrasse 31 und die Dependance an der Rosenstrasse 16b. Nachdem seit 2004 die Studiengänge des Pädagogischen Instituts Basel ebenfalls in Liestal die Ausbildung absolvieren, kam es in Liestal zu einem akuten, dramatischen Raummangel. Per Sommer 2006 konnte mit einem 3 jährigen Mietvertrag am Benzburweg 19, im ehemaligen Hanro-Areal, zusätzliche Räume dazu gemietet werden. Diese mussten mit Geldern der FHNW umgebaut und an die Anforderungen angepasst werden. Über dem Provisorium am Benzburgweg schwebt aktuell die Volksabstimmung über den Quartierplan. Der Kanton plant in Muttenz einen Campus, konkrete Pläne liegen allerdings noch keine vor.

Es ist also noch nicht zu spät, um zu handeln – insbesondere auch darum, weil Liestal sehr gut ÖV-erschlossen ist und eine „natürliche Infrastruktur“ für Verpflegung und Einkauf im Stedtli aufweist.

Es geht uns darum, dass Liestal „seine“ Pädagogische Hochschule auch aus pädagogischen und kulturellen Gründen etwas wert ist. Die verschiedensten kulturellen Veranstaltungen an der PH und in Liestal beleben sich gegenseitig wie man am Beispiel der Kantonsbibliothek schön sehen kann. Deshalb sollte sich die Stadt dafür engagieren, dass sie in der Kantonshauptstadt eine attraktive, definitive Bleibe erhält.

1. *Teilt der Stadtrat diese Meinung?*
2. *Wenn ja, was hat die Stadt in dieser Hinsicht schon unternommen?*
3. *Ist es vorstellbar, dass die Stadt mithilft, den notwendigen Raum (ca. 3000 m², ohne Turnhallen) in Liestal zu beschaffen (Neubau oder Umbau) – wäre das im Masterplan Nord, in der Gewerbezone Oristal, in der Kaserne oder sonst in Fussdistanz vom Bahnhof realistisch?*
4. *Ist der Stadtrat mit dem Kanton diesbezüglich im Gespräch?*

Wir gestatten uns, dem Stadtrat zum Voraus für die Beantwortung zu danken.

Matthias Zimmermann
SP-Fraktion

25. Oktober 2008

Stadtrat Lukas Ott weist darauf hin, dass auch der Stadtrat die Meinung vertritt, dass die seit über 40 Jahren in Liestal beheimatete Pädagogische Hochschule (PH) für Liestal eine wichtige Institution ist. Liestal profitiert als Standortgemeinde in vielfacher Weise von der PH. Zu den gewachsenen Strukturen soll Sorge getragen werden. Der Stadtrat ist nicht erfreut darüber, dass nun diese Institution abgegeben werden soll. Dies ist bei den letzten Treffen mit dem Gesamtregierungsrat sowie Gesprächen mit den kantonalen Direktionen immer wieder thematisiert worden. Bereits vor drei Jahren hatte sich der Stadtrat in einem Briefwechsel mit dem Kanton für den PH-Standort Liestal stark gemacht. Das regierungsrätliche Antwortschreiben war leider nicht gerade ermutigend, da der Regierungsrat gar nicht auf das stadrätliche Gesuch eingegangen ist. Dies wurde damit begründet, dass wesentliche Entscheidungen des Kantons bereits gefällt wurden und ein Rückkommen trotz Begehren von Liestal kein Thema ist. Trotzdem hatte der Stadtrat immer wieder interveniert, so auch mit einem Schreiben von anfangs dieses Jahres an den Kanton, mit welchem man die Durchführung einer Testplanung verlangt hatte. Damit hätten die Vor- und Nachteile der beiden Standorte Liestal und Muttenz aufgezeigt werden können. Die offizielle Antwort ist noch ausstehend. Vom Kanton wurde unzweideutig signalisiert, dass die Würfel seit längerer Zeit gefallen sind und der vorgesehene Campus in Muttenz sein wird. Die diesbezüglichen Entschiede wurden anscheinend schon anfangs 2000 gefällt. Liestal hat tatsächlich nicht die besten Karten in der Hand, doch soll bis zum Vorliegen eines ausführungsfähigen Projektes in Muttenz die Stadt Liestal ihr Interesse wiederholt kund tun.

Matthias Zimmermann (SP) wünscht als Interpellant die Diskussion. Er selbst vertritt die Meinung, dass die Hochschul-Campusse unter das Volk gehören und nicht irgendwo auf einer grünen Wiese platziert werden sollen. Liestal darf nicht zum Museum werden, sondern soll eine pulsierende Stadt mit vielfältigen Angeboten bleiben. Mit dem geplanten PH-Standort in Muttenz würde Liestal vor allem auch in kultureller Hinsicht einen herben Verlust erleiden. Gerne möchte er auch von den anderen Fraktionen wissen, was diese zum PH-Standort Liestal meinen.

Hans Brodbeck (FDP) bemerkt, seine Fraktion nimmt erfreut davon Kenntnis, dass auch dem Stadtrat die PH wichtig ist und der Vorstoss nun endlich an der heutigen Sitzung behandelt werden kann. Es darf nicht vergessen bleiben, dass mit einem Auszug der Fachhochschule die Stadt Liestal auch einen wirtschaftlichen Verlust erleiden würde. Die FDP-Fraktion ist am Verbleib der PH in Liestal interessiert und hofft, dass diesbezüglich noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

Hanspeter Meyer (SVP) erklärt, das Thema ist in seiner Fraktion nicht gross besprochen worden, da man zuerst die stadträtliche Stellungnahme abwarten wollte. Er kann das Votum des Interpellanten unterstützen und beispielsweise einem Campus im Grünen auch nichts abgewinnen. Die stadträtlichen Bestrebungen werden begrüsst. Die SVP-Fraktion setzt sich für einen Verbleib der PH in Liestal ein.

Elisabeth Spiess (GL) unterstreicht, auch ihre Fraktion wird sich für einen PH-Verbleib in Liestal einsetzen. Der Stadtrat soll weiterkämpfen, obwohl die Gratwanderung wohl auf einem sehr schmalen Weg stattfinden wird. Bereits heute soll die Lehre daraus gezogen werden, dass Einwohnerrat und Stadtrat bei ähnlichen Projekten künftig rechtzeitig Zeichen setzen, damit die Vorteile und Chancen von Liestal genutzt werden können.

Sabine Ammann (CVP/EVP/GLP) spricht sich namens ihrer Fraktion für einen PH-Verbleib in Liestal aus. Der Stadtrat soll sich trotz geringer Chancen weiterhin für den PH-Standort Liestal einsetzen.

Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP) meint, dass die stadträtlichen Bemühungen gegebenenfalls auch von den Landratsmitgliedern des Bezirks Liestal unterstützt werden könnten.

Regula Nebiker (SP) unterstützt den Vorschlag ihrer Vorredner. Die heutige Debatte im Einwohnerrat könnte sinnvollerweise auch in der politischen Diskussion auf kantonaler Ebene eingebracht werden. Und so könnte gegebenenfalls auch die Grundsatzfrage auf kantonaler Ebene wieder thematisiert werden, ob beispielsweise eine Konzentration von Fachhochschulen an einem Ort tatsächlich Sinn macht.

Walter Leimgruber (SP) unterstreicht das Votum von Regula Nebiker und hält fest, dass viele Leute das Stedtli Liestal nur wegen seinem Semi-Standort kennen gelernt haben. Man sollte sich deshalb für den Erhalt jener Institutionen einsetzen, welche Leute nach Liestal bringen.

Hanspeter Zumsteg (GL) könnte sich als Vorwärtsstrategie auch die Lancierung einer kantonalen Initiative für einen PH-Verbleib in Liestal vorstellen.

Matthias Zimmermann (SP) ist erfreut ob der heutigen Diskussion, welche seine Interpellation ausgelöst hat. Der Stadtrat sollte vielleicht nochmals über die Bücher gehen und auch ein allfälliger landrätlicher Vorstoss würde vermutlich Sinn machen. Er selbst würde diesbezügliche Bemühungen gerne auch aktiv unterstützen.

Somit ist die Interpellation beantwortet und erledigt.

72 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Berichte des Stadtrats und der Spezialkommission familienergänzende Tagesstrukturen zur Einführung familienergänzender Tagesstrukturen an den Schulen Liestal (Nr. 2005/62, Nr. 2005/62a, Nr. 2005/62b, Nr. 2005/62c)

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) informiert über die Struktur der Debatten. Die fünf Anträge der FDP-Fraktion sind in der Detailberatung noch zu begründen.

Erika Eichenberger (GL) nimmt als Präsidentin der beauftragten Spezialkommission Bezug auf den schriftlich vorliegenden Bericht mit der Lauf-Nr. 2005/62c und hält die wichtigsten Punkte kurz fest: Die Einführung von familienergänzenden Tagesstrukturen war in der Kommission grundsätzlich unbestritten und sollte der Einwohnerrat an der heutigen Sitzung ebenfalls seine Zustimmung geben, so kann sicher ein familienpolitisch wichtiger Meilenstein erreicht werden. Wegen der jährlich wiederkehrenden Bruttokosten ist noch ein Volksentscheid nötig. Das Liestaler-Modell ist von der Beratungsfirma Infras zusammen mit der vom Stadtrat eingesetzten, überparteilichen Arbeitsgruppe und basierend auf den Bedarfserhebungen der Beratungsfirma Infras ausgearbeitet worden. Differenzierte Meinungen wurden in der Kommission betreffend dem Einführungszeitpunkt vertreten. Man will jedoch nicht die kantonale Gesetzgebung abwarten. Gegebenenfalls müsste bei Inkrafttreten des neuen kantonalen Gesetzes nachmittags noch ein Modul angehängt werden. Die beantragten Änderungen des Bildungsreglementes sind vom Kanton vorgeprüft worden. Betreffend den drei Zusatzanträgen der Kommission wird auf die Vorlage Nr. 2005/62c verwiesen.

Elisabeth Augustburger (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass die Notwendigkeit der Tagesstrukturen gemäss ausgewerteten Fragebogen unbestritten ist. Das flexible Liestaler-Modell bringt zahlreiche Vorteile mit sich, ist an die Stundenpläne angepasst und so beispielsweise eine ganztägige Betreuung durch eine pädagogisch geschulte Person mit weiteren Betreuern möglich. Die Kostenbeteiligung der Eltern basierend auf dem Einkommen macht Sinn. Es wird angeregt, dass in der Verordnung darauf hingewiesen wird, dass die bezifferten Ansätze pro Modul und nicht pro Stunde gelten. Entgegenkommenderweise könnten ehrenamtlich mitarbeitende Elternteile von Beiträgen befreit werden. Ihre Fraktion wird den Anträgen der Kommission zustimmen.

Walter Leimgruber (SP) sagt, auch seine Fraktion wird vollumfänglich allen Kommissionsanträgen zustimmen. Die meisten Familien sind auf ein Zweiteinkommen angewiesen und früher genossene Ausbildungen sollen beispielsweise auch im Falle von beruflichen Wiedereinstiegen genutzt werden können. Eine Anerkennung der verschiedenen Familienformen ist nötig. Eine gute Entwicklung der Kinder ist mit der Präsenz von Erwachsenen möglich, doch muss dies nicht unbedingt ein Elternteil sein. Dass der Einwohnerratsentscheid noch vom Volk bei einer Abstimmung abgesegnet werden muss, wird grundsätzlich begrüsst, werden doch damit die diesbezüglichen Entscheide breiter getragen. Ein kleiner Makel ist, dass die Notwendigkeit einer Volksabstimmung nicht gleich von Anfang an klar war.

Daniel Spinnler (FDP) berichtet, seine Fraktion ist ebenfalls für das Eintreten auf das Geschäft, werde aber noch Änderungsanträge stellen.

Margrit Siegrist (SVP) bemerkt, auch ihre Fraktion ist für ein Eintreten auf das Geschäft.

Corinne Ruesch (GL) vermutet, dass die Anzahl der Wünsche, wie die familienergänzende Tagesbetreuung aussehen soll, wohl gleich gross wie die Familienanzahl ist. Der Bedarf an einer Tagesbetreuung ist gemäss ausgewerteten Fragebogen wohl unbestritten. Das Liestaler-Modell ist flexibel und kann bedürfnisgerecht angepasst werden.

Ferner ist das Modell mit den kantonalen Parametern kompatibel und auf bestehenden sowie bewährten Strukturen sowie Erfahrungen aufgebaut. Die Einführung von familienergänzenden Tagesstrukturen bringt sicher auch Standortvorteile für Liestal mit sich. Eine Betreuung durch qualifizierte Fachpersonen ist wichtig, was mit der kantonalen Gesetzgebung betreffend der Mittagstischbetreuung an den Sekundarschulen verdeutlicht wird. Die Anträge der Kommission werden vollumfänglich von ihrer Fraktion unterstützt.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) stellt fest, dass gemäss den Aussagen der Fraktionsprecher das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Stadtrat Lukas Ott dankt namens des Stadtrates für die grundsätzliche Unterstützung der Anträge. Die Einführung der Tagesstrukturen ist gemäss Entwicklungsplan ein strategischer Schwerpunkt. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird allgemein gefördert, da beispielsweise auch die Integration von allein erziehenden Elternteilen volkswirtschaftlich und sozialpolitisch wichtig ist. Wichtig ist auch der pädagogische Aspekt, stehen doch der Schule mehr Zeitfenster zur Verfügung, welche pädagogisch genutzt werden können. So wünschen auch die Eltern keinen Hütedienst, sondern ein Arbeiten in der Freizeit zu Gunsten eines Lernerfolges. Wichtig ist auch, dass mit der Standortförderung nebst dem Ausbau der baulichen Infrastruktur auch die soziale Infrastruktur der Stadt ausgebaut wird. Basierend auf dem Postulat von Orla Oeri ist vom Stadtrat eine Bedarfsanalyse in Auftrag gegeben worden, wobei sich 80 Prozent der Eltern positiv zum Modell geäußert hatten. Ebenso begrüßen rund 80 Prozent der Eltern grundsätzlich die Einführung familienergänzender Tagesstrukturen. Wichtig ist auch, dass das Angebot von allen Bevölkerungsteilen genutzt werden kann und nicht an den Kostenbeiträgen scheitert.

Daniel Spinnler (FDP) berichtet, auch die FDP möchte Familie und Beruf vereinen und unterstützt somit auch die Stossrichtung. Doch soll beispielsweise die Familienform mit einer Betreuung der Kinder zu Hause nicht gegenüber einer anderen Familienform mit einer externen Kindererbetreuung nicht benachteiligt werden. Die vorliegende Lösung bevorzugt aber die einte Familienform und sei zudem zu teuer. Die Vorlage schafft falsche finanzielle Anreize betreffend der Kinderbetreuung. Die Kosten für 5 – 6 pädagogische Angestellte sind zu hoch. Dies wäre sicher auch mit weniger Angestellten, dem Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit einer Organisation, der Unterstützung von Eltern etc. günstiger möglich. Die Anzahl der kostenpflichtigen Elternteile sowie die Finanzierung mit Elternbeiträgen zur Hälfte wird in Frage gestellt. Zudem sollte analog der Gemeinde Bottmingen ein Reglement geschaffen und beispielsweise die stadträtlichen Handlungsfreiheiten geregelt werden. Die 4 Anträge der FDP-Fraktion sind schriftlich beim Ratspräsidium deponiert worden und können zusammenfassend wie folgt festgehalten werden:

- Reduktion der Kostenreduktion auf CHF 300'000.--, womit eine Urnenabstimmung unnötig würde.
- Kostenbeiträge sollen sich nicht nach dem Erwerbseinkommen, sondern nach Einheitsätzen richten.
- Der Elternkostenbeitrag soll bei Erwerbstätigen 1/3 der budgetierten Bruttokosten und bei Nichterwerbstätigen 2/3 der budgetierten Bruttokosten betragen. Es sollen Einheitssätze gelten.
- Das Inkrafttreten wird durch den Stadtrat, vorbehältlich der Annahme der Gesetzesänderung in der Volksabstimmung, bestimmt.

Vreni Wunderlin (FDP) möchte ihre Sichtweise einbringen. Sie selbst ist bereits als Betreuerin beim Mittagstisch und Aufgabenhort tätig, welche gut und problemlos funktionieren. Sie ist auch der Meinung, dass zumindest beim Aufgabenhort eine pädagogisch ausgebildete Arbeitskraft präsent ist. Von der Einführung familienergänzender Tagesstrukturen werden viele profitieren können. Mit ihrer Meinung vertritt sie eine Fraktionsminderheit und unterstützt die Anträge der Kommission.

Margrit Siegrist (SVP) äussert, ihre Fraktion sei bekannterweise von Anfang an gegen das Geschäft betreffend der Tagesstrukturen gewesen, weshalb den Anträgen der Spezialkommission auch nicht zugestimmt werden kann. Liestal als finanzschwache Gemeinde wäre erst die zweite Gemeinde im Kanton mit einem solchen Angebot. Das Interesse ist gemäss Berdürfnisabklärung im Einfamilienhausquartier Rotacker grösser als im Blockquartier „Fraumatt“. Trotz attraktiver Kostenbeteiligung der Stadt ist demnach das Interesse an familienergänzenden Angeboten in Gebieten mit Einwohnern im unteren Einkommensbereich geringer. Es wird auch daran gezweifelt, dass sich die veranschlagten Brutto- und Nettokosten einstellen werden. Störend ist zudem, dass die Steuerzahler die Hauptlast bezahlen müssen. In Bottmingen zahlen die Eltern das Doppelte im Vergleich zu den Liestaler-Tarifen. Die Eltern in Liestal beteiligen sich mit rund $\frac{1}{4}$ an den Bruttokosten und diese Kostenbeteiligung ist eindeutig zu tief. Sie stellt deshalb den Antrag, dass die Kostenbeiträge der Erziehungsberechtigten so zu gestalten sind, dass sie 50 % der Bruttokosten abdecken.

Regina Vogt (FDP) legt dar, dass kein Handlungsbedarf vorhanden ist, da auch die übergeordnete kantonale Gesetzgebung fehlt. Der beabsichtigte pädagogische Mehrwert kann nur mit massiv höheren Personalkosten erreicht werden. Die Weiterbildungskosten steigen stetig an und so ist man auch in diesen Tagen betreffend der Harnos-Folgekosten von 24 Mio. Franken erschrocken. Die Steuermehreinnahmen stehen in keinem Verhältnis zum finanziellen Mehraufwand. Die im Bericht erwähnte Auslastung von 40 % ist falsch, stehen doch auf Seite 15 der Vorlage Nr. 2005/62a andere Zahlen. Sie selbst ist auch Familienfrau und konnte trotz Berufstätigkeit ihre drei Kinder ohne staatliche Subventionen grossziehen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie war Ausgangspunkt des Postulates. Erst mit der Respektierung der geschlechterspezifischen Lebensaufgaben kann diese Vereinbarkeit erreicht werden. Ein gesenkter Steuersatz würde Liestal mehr Standortvorteile als das freiwillige Angebot von Tagesstrukturen bringen, mit welchem die traditionelle Familienbetreuung zudem noch eine Schlechterstellung erfährt. Sie bejaht die Tagesstrukturen mit Blockzeiten an der Schule, Mittagstisch, Aufgabenhort usw. Eine gute Bildung und Erziehung ist wichtig, doch ist Letzteres eine klare Aufgabe und Sache der Eltern zu Hause. Die erzieherischen Belange dürfen nicht länger und mehr dem Staat überlassen werden. Eine einseitig subventionierte Unterstützung durch staatliche Mittel ist ungerecht. Es diskriminiert Familien in ihrer eigenverantwortlichen internen Erziehungsarbeit, welche auf Zusatzeinkommen und Beiträge Dritter verzichten. Es ist eine Schlechterstellung der selbst gewählten Lebensform und viele Familien erachten die einseitige Unterstützung einer externen Betreuung als stossend und ungerecht. Ihre Fraktion verzichtet auf die Einreichung eines Antrages, welcher vom Stadtrat die Unterstützung der internen Familienarbeit verlangt hätte. Das Projekt betreffend der Einführung familienergänzender Tagesstrukturen ist für Liestal ein Luxuslösung und nicht tragbar.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) hält fest, dass man selbstverständlich jede weltanschauliche und familienpolitische Ansicht respektiert wird, doch sollten angesichts der vorgerückten Stunde nur noch diejenige Argumente erwähnt werden, welche das Bild der Diskussion abrunden könnten.

Corinne Ruesch (GL) nimmt Bezug betreffend der erwähnten Sparabsichten beim pädagogischen Fachpersonal und stellt fest, dass anscheinend wieder alle wissen, was pädagogisch für die Kinder das Beste sein dürfte. Wie auch in der Berufswelt ist auch hier Fachpersonal gefragt. Betreffend der Ängste sowie geäusserten Nachteile für Mehrverdienende sei erwähnt, dass beispielsweise auch das Hallenbad mit jährlichen namhaften Beiträgen finanziell unterstützt wird, obwohl nicht alle Einwohner das Bad besuchen. Und auch Einwohner mit höheren Einkommen durften oftmals Leistungen von staatlich subventionierten Hochschulen usw. in Ansprache nehmen. Mit den beantragten Budget-Kürzungen können die formulierten Qualitätsstandards nicht eingehalten werden. Nebst der Qualität dürfte zudem auch die Nachfrage von interessierten Eltern sinken.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass auch im Kommissionsbericht nichts betreffend der Erledigung der zusätzlichen administrativen Arbeiten erwähnt ist. Ebenfalls wird im Bericht nicht erwähnt und begründet, weshalb der stadträtliche Antrag Nr. 4 von der Kommission in die Anträge Nr. 5.a und Nr. 5.b aufgesplittet wurde. Schwach ist auch, dass die Kostenaufstellungen nicht der heutigen Situation angepasst wurden. Er stellt Antrag, dass anstelle der Anträge 5.a und 5.b der Kommission über den stadträtliche Antrag Nr. 4 abgestimmt wird, wobei die Brutto- und Nettokosten zur Kenntnis genommen und nicht genehmigt werden sollen. Die Bruttokosten sind mit den jährlichen Voranschlägen zu beschliessen und somit können auch allfällige Änderung und Anpassungen auch in finanzieller Hinsicht laufend angepasst werden.

Peter Stengle (SP) führt aus, die Einführung der familienergänzenden Tagesstrukturen bringt keinerlei Verpflichtungen für die Nutzung des Angebotes mit sich. Liestal hatte im Jahre 2007 total 334 Sozialhilfedossiers, wovon rund ein Viertel Alleinerziehende ausmachten. Auch die besten Integrationsprogramme nützen nichts, wenn allein erziehende Berufstätige nicht vom Angebot einer Tagesbetreuung für ihre Kinder Gebrauch machen können. Zudem gelten solche Eltern auch bei der Arbeitslosenkasse als nicht vermittelbar. Die Projektumsetzung dürfte sich auch volkswirtschaftlich bezahlt machen. Beim Traktandum 3 hatte der Einwohnerrat die Wichtigkeit der Pädagogischen Hochschule erwähnt, doch will man bereits beim jetzigen Geschäft auf pädagogische Fachkräfte verzichten, was doch in einem gewissen Widerspruch steht. Es ist klar, dass diejenigen vom Tagesstrukturen-Angebot profitieren können, welche arbeiten müssen und nicht selbst für die Betreuung ihrer Kinder sorgen können. Zu erwähnen ist auch, dass nebst Bottmingen bereits seit 3 Jahren auch Reinach das familienergänzende Tagesstrukturen erfolgreich anbietet.

Sabine Ammann (CVP/EVP/GLP) nimmt Bezug auf die Aussage von Vorrednerin Regina Vogt und meint, die Erziehung und Wertvermittlung zu Hause ist selbstverständlich der Idealfall, doch darf die eigene Ausgangslage nicht als Parameter genommen werden.

Jürg Holinger (GL) nimmt Bezug auf die Vorredner der FDP-Fraktion und hält fest, dass beispielsweise auch Hausmänner arbeiten. Zu der vorgängig erwähnten traditionellen Familie gehört auch ein Grossvater. Er selbst hütet als Grossvater auch gerne Grosskinder und befürwortet, dass deren Eltern wieder berufstätig sein können. Gemäss einer im „Geo“ publizierten Studie kümmern sich deutlich mehr Grosseltern um ihre Grosskinder in denjenigen Ländern, in welcher Tagesstrukturen angeboten werden, als in denjenigen Ländern, wo solche Angebote erst im Aufbau sind. Es kann deshalb das Fazit gezogen werden, dass sich eher Grosseltern zur Kinderbetreuung finden lassen, wo das Pensum nicht zu gross ist bzw. durch eine Drittbetreuung auch noch abgedeckt werden kann. Somit wird die Kinderbetreuung durch Grosseltern zur Kür und nicht zur Pflicht. Das Projekt kann deshalb auch aus Sicht von Grossfamilien unterstützt werden.

Regula Nebiker (SP) bemerkt, der Einwohnerrat sollte sich heute genügend Zeit für die Diskussion solcher gesellschaftspolitischen Fragen nehmen. Das Modell Liestal ist raffiniert und es ist nicht geschäftstüchtig, wenn man nun die Rahmenbedingungen auf den Kopf stellen möchte. Auch ihre eigenen Kindern hatte sie ausgebildeten Fachpersonen anvertraut und so kann sie eine Tagesbetreuung durch pädagogisch ausgebildeten Fachpersonen unterstützen. Bezugnehmend auf frühere Gespräche und am heutigen Abend gehörten Voten kann man betreffend der Familienmodelle und Familienpolitik durchaus anderer Meinung sein. Doch sollte man auf persönliche Angriffe verzichten, da ja wohl alle Eltern ihre eigene Meinung und Vorstellung darüber haben, wie sich ihre Kinder optimal entwickeln könnten. Wohl keine Familie will und kann ihre Kinder absolut selbständig erziehen, werden doch von allen beispielsweise die öffentlichen Schulen besucht. Gemäss eigenen Beobachtungen muss doch festgestellt werden, dass auch in Liestal viel zu viele Kinder schlecht betreut werden. Nebst der Familien- und Alterspolitik sollte man deshalb auch dem gesellschaftlichen Auftrag zu Gunsten der Jugendpolitik vermehrt wahrnehmen. Der Bedarf an einer familienergänzenden

Tagesbetreuung ist unbestritten und so ist es auch nicht wichtig, ob das Angebot in Liestal nun als zweite oder dritte Gemeinde gemacht wird. Sie selbst ist auch nach Liestal gezogen weil es in Liestal ein Tagesheim gibt. Und so wird wohl auch das Angebot für eine Tagesbetreuung für Liestal ein wichtiger Standortvorteil sein.

Roman Zeller (FDP) erklärt, dass wohl alle familienergänzende Tagesstrukturen in Liestal wollen, doch nicht zu jedem Preis. Die prognostizierten Brutto- und Nettokosten sind sehr stark abhängig von der Nutzeranzahl des Angebotes sowie Elternbeiträge. Die Plafonierung der Bruttokosten macht deshalb Sinn, weshalb den FDP-Anträgen zugestimmt werden sollte.

Daniel Spinnler (FDP) meint, mit dem neuen Angebot einer familienergänzenden Tagesbetreuung erfährt die Kinderbetreuung zu Hause gar eine gewisse Minderwertschätzung. Eine pädagogische Betreuung ist ja wohl sinnvoll, doch würden wohl 2 statt 6 Fachkräfte auch genügen, da diese ja nach wie vor von den bisherigen Betreuern des Mittagstisches, des Aufgabenhortes etc. unterstützt werden könnten. Zumal könnten damit bei den Personalkosten gespart werden.

Erika Eichenberger (GL) berichtet als Präsidentin der Spezialkommission auf Anfrage des Ratspräsidenten, dass sie zu den verschiedenen Anträgen im Rahmen der Abstimmung noch kurz Stellung nehmen wird.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) informiert über das Abstimmungsprozedere sowie die Reihenfolge der Anträge, über welche abzustimmen ist.

Stadtrat Lukas Ott führt bezugnehmend auf den FDP-Antrag betreffend einer Plafonierung der Bruttokosten auf CHF 300'000.— aus, dass bei einer Auslastung bzw. Bedarfsabdeckung von 40 Prozent der geäusserten Nachfrage dieses Kostendach nicht ausreichen wird. Damit könnten wohl schlussendlich auch nicht mehr alle interessierten Eltern bzw. Kinder berücksichtigt werden. Eine Konzeptänderung bzw. Reduzierung betreffend der Standorte dürfte den Erwartungen der Eltern zuwidersprechen und sich auf das Projekt negativ auswirken. Sollte tatsächlich beim Fachpersonal gespart werden, so würde die pädagogische Zielsetzung der Tagesbetreuung über Bord geworfen. Sollte den FDP-Anträgen zugestimmt werden, so würden sich nach seiner Hochrechnung die Mehrausgaben der Stadt per Saldo noch auf rund CHF 41'000.— belaufen. Sollte dies tatsächlich der politische Wille der Antragsteller sein, so sollte man ehrlicherweise gleich die Einführung der Tagesstrukturen ablehnen und nicht konzeptionelle Änderungen verlangen, welche vom Modell und Konzept nicht mehr viel übrig lassen.

Erika Eichenberger (GL) fügt hinzu, dass bereits im Kommissionsbericht festgehalten wird, dass der Betreuungsschlüssel den kantonalen Vorgaben entspricht. Eine hohe Betreuungsqualität ist gemäss Rückmeldungen der Eltern sowie Schulleitungen sehr wichtig.

Daniel Spinnler (FDP) bemerkt, dass bei einer Gutheissung der FDP-Anträge nach wie vor alle in den Genuss einer Tagesbetreuung kommen könnten, doch müssten halt die Personalkosten runtergefahren werden.

Auf Anfrage von Philipp Senn (SP) wird Ratsmitglied Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) von Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) dazu aufgefordert, den von ihm formulierten Antrag noch schriftlich einzureichen, da dieser im Rat nicht durchwegs verstanden wurde.

Stadtrat Lukas Ott stellt fest, dass der Antrag von Einwohnerrat Peter Furrer durchaus Sinn macht. Die Kostenaufstellungen beruhen nach wie vor auf Prognosen, basierend auf der Bedarfsanalyse. Mit dem revidierten Bildungsreglement wird nun jedoch geregelt, dass im Sinne von wiederkehrenden, gebundenen Ausgaben für die familienergänzenden Tagesstrukturen Ausgaben getätigt werden dürfen. Und deshalb macht es auch keinen Sinn, dass vom Einwohnerrat die gemachten Prognosen genehmigt und nicht einfach zur Kenntnis genommen werden. Dem Parlament wird deshalb die Genehmigung gemäss Formulierung des stadträtlichen Antrages beantragt.

1. Antrag von Margrit Siegrist (SVP) – Die Kostenbeiträge der Erziehungsberechtigten sind so zu gestalten, dass sie 50 % der Bruttokosten abdecken.

://: Der Antrag von Margrit Siegrist wird mit 19 Ja- gegen 20 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung abgelehnt.

2. Antrag Nr. 1 der FDP-Fraktion – Die Vorlage soll durch die Kommission dahingehend überarbeitet werden, dass die Bruttokosten der Tagesstrukturen für die Stadt Liestel höchstens 300'000 Franken betragen.

://: Der Antrag der FDP-Fraktion wird mit 17 Ja- gegen 21 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

3. Antrag Nr. 2 der FDP-Fraktion – Der Stadtrat wird beauftragt, die Vorlage dahingehend zu überarbeiten, dass die Kostenbeiträge pro Modul sich nicht nach dem Erwerbseinkommen richten. Es gelten Einheitssätze.

://: Der Antrag der FDP-Fraktion wird mit 17 Ja- gegen 21 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

4. Antrag Nr. 3 der FDP-Fraktion - Der Kostenbeitrag, den die Erziehungsberechtigten pro Modul leisten, liegt bei mindestens 2/3 der budgetierten Bruttokosten. Sofern jeder im Haushalt lebende Erziehungsberechtigte mindestens 8 Stunden pro Woche arbeitet, gelten reduzierte Beiträge pro Modul (mindestens 1/3 der budgetierten Bruttokosten).

://: Der Antrag der FDP-Fraktion wird mit 17 Ja- gegen 22 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung abgelehnt.

5. Antrag von Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) – Anstelle Anträge 5a + 5b der Spezialkommission ist Antrag 4 der Vorlage des Stadtrats zu genehmigen.

Erika Eichenberger (GL) informiert, dass sich die Kommission dem Antrag anschliessen kann, welcher die Kenntnisnahme und nicht die Genehmigung der Bruttokosten verlangt.

://: Dem Antrag von Peter Furrer wird einstimmig bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

6. Antrag Nr. 1 der Kommission – Der Einwohnerrat nimmt vom Ergebnis der Bedarfserhebung Tagesstrukturen Liestal Kenntnis.

://: Dem Antrag der Kommission wird mit 33 Ja- gegen 6 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung zugestimmt.

7. Antrag Nr. 2 der Kommission – *Der Einwohnerrat stimmt der Einführung der familienergänzenden Tagesstrukturen in Liestal zu.*
://: Dem Antrag der Kommission wird mit 22 Ja- gegen 16 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung zugestimmt.
8. Antrag Nr. 3 der Kommission – *Der Einwohnerrat stimmt der Änderung der §§ 1 und §§ 4 sowie §§ 19 – 21 des Bildungsreglements der Stadt Liestal vom 25. Mai 2005 gemäss Synopse zu.*
://: Dem Antrag der Kommission wird mit 22 Ja- gegen 16 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung zugestimmt.
9. Antrag Nr. 4 der Kommission – *Der Einwohnerrat stimmt der Änderung des § 17 des Bildungsreglements der Stadt Liestal vom 25. Mai 2005 gemäss Beilage 1 zu.*
://: Dem Antrag der Kommission wird mit 32 Ja- gegen 6 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung zugestimmt.
10. Antrag Nr. 5a und 5b „neu“ der Kommission – *Der Einwohnerrat nimmt die Bruttokosten und Nettokosten der Einführung der familienergänzenden Tagesstrukturen gemäss Seite 22 des Entwicklungsplanes 2008-2012 zur Kenntnis.*
://: Dem Antrag wird mit 22 Ja- gegen 16 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung zugestimmt.
11. Antrag Nr. 6 der Kommission – *Der Einwohnerrat nimmt zur Kenntnis, dass künftig die Kosten für den Mittagstisch und den Aufgabenhort im Totalbetrag von CHF 59'000.— pro Jahr wegfallen.*
://: Dem Antrag der Kommission wird mit 32 Ja- gegen 6 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung zugestimmt.
12. Antrag Nr. 7 der Kommission – *Der Stadtrat wird beauftragt, gemäss Bundesgesetz über die Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung ein Beitragsgesuch einzureichen.*
://: Dem Antrag der Kommission wird mit 32 Ja- gegen 6 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung zugestimmt.
13. Antrag Nr. 8 der Kommission – *Das Postulat Nr. 2005/62 wird abgeschrieben.*
://: Dem Antrag der Kommission wird mit 32 Ja- gegen 6 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung zugestimmt und das Postulat Nr. 2005/62 somit abgeschrieben.
14. Antrag Nr. 9 der Kommission – *Der Einwohnerrat löst die Spezialkommission familienergänzende Tagesstrukturen auf.*
://: Dem Antrag wird grossmehrheitlich und ohne Gegenstimmen zugestimmt.

15. Antrag Nr. 4 der FDP-Fraktion – *Der Stadtrat erarbeitet zuhanden des Einwohnerrates ein Reglement, welches insbesondere die Organisation der Tagesstrukturen klar festhält, vgl. Tagesschule Bottmingen.*

Stadtrat Lukas Ott hält fest, dass die reglementarischen Bestimmungen im Zusammenhang mit der Einführung der Tagesstrukturen vorgängig unter Antrag 4 der Kommission beschlossen worden sind. Die Vollzugsbestimmungen sind in der Verordnung auch transparent aufgezeigt. Die Verordnung wird auch keine grossen Änderungen durch den Stadtrat mehr erfahren. Gegebenenfalls wird noch der Vorschlag von Elisabeth Augstburger betreffend der Geltung der Ansätze pro Modul bzw. pro Stunde in der Verordnung noch mitberücksichtigt. Die Verwaltungsorganisation ist Sache des Stadtrates und so macht der Änderungsantrag auch unter dem Aspekt der Gewaltenteilung wenig Sinn.

://: Der Antrag der FDP-Fraktion wird mit 16 Ja- gegen 22 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung abgelehnt.

16. Antrag Nr. 5 der FDP-Fraktion – *Inkrafttreten: Der Stadtrat bestimmt das Inkrafttreten vorbehältlich der Annahme der Gesetzesänderung in der Volksabstimmung.*

://: Der Antrag der FDP-Fraktion wird mit 24 Ja-Stimmen bei keiner Gegenstimme und 14 Enthaltungen abgelehnt.

73 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Berichte des Stadtrates und der Bau- und Planungskommission betreffend Weidelibächlein/Weideliweg: Vergrößerung Bachdole Weidelibächlein und Neubau Schmutzwasserkanalisation Weideliweg; Genehmigung Bauprojekte und Baukredite (Nr. 2009/44, Nr. 2009/44a)

Matthias Zimmermann (SP) hält als BPK-Präsident fest, dass die Vorlage in der Kommission keinen Anlass zu grösseren Diskussionen gab. Die beiden Bauprojekte müssen erledigt werden. In der BPK war vor allem die Ausdolung des Weidelibächlein ein Thema. Basierend auf der ausführlichen Stellungnahme des Stadtbauamtes wurde auch von der Kommission die Idee einer Bachausdolung fallen gelassen. Den stadträtlichen Anträgen soll zugestimmt werden.

Regina Vogt (FDP) informiert, auch ihre Fraktion wird den Anträgen zustimmen. Erfreulicherweise beteiligt sich die Bürgergemeinde zur Hälfte an den Kosten.

Beat Gränicher (SVP) hält fest, auch seine Fraktion ist einstimmig für die Genehmigung der stadträtlichen Anträge.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) stellt fest, zum Geschäft werden keine weiteren Wortbegehren angemeldet. Es wird über die beiden Anträge gemäss Vorlage Nr. 2009/44 abgestimmt.

://: Das Projekt und der Bruttokredit in der Höhe von CHF 220'000.-- für die Vergrößerung der Bachdole Weidelibächlein werden einstimmig genehmigt.

://: Das Projekt und der Bruttokredit in der Höhe von CHF 130'000.-- für den Neubau der Schmutzwasserleitung Weideliweg werden einstimmig genehmigt.

74 0.01.011.01 Einwohnerrat

**6. Teilzonenvorschriften Zentrum, Mutation - Gebiet Wasserturmplatz
(Nr. 2009/52)**

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) informiert, das Büro beantragt dem Einwohnerrat die Überweisung der beiden Vorlagen Nr. 2009/52 und Nr. 2009/53 an die Bau- und Planungskommissionen.

Nach Umfrage kann festgestellt werden, dass betreffend dem Geschäft keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Der Bericht des Stadtrats betreffend der Mutation Teilzonenvorschriften Zentrum, Gebiet Wasserturmplatz, wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) überwiesen.

75 0.01.011.01 Einwohnerrat

**7. Wasserturmplatz-Neugestaltung; Projekt- und Kreditgenehmigung
(Nr. 2009/53)**

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) erläutert, bereits beim vorgängigen Geschäft und Traktandum ist erwähnt worden, dass das Büro die Überweisung der Vorlage an die Bau- und Planungskommission vorschlägt.

Pascal Porchet (FDP) erklärt, erfahrungsgemäss war bis anhin bei einer Überweisung eines Wettbewerb-Projektes an die BPK mit bereits bewilligtem Kredit meist alles in Stein gemeinsam gewesen. Aber gerade beim vorliegenden Projekt muss die BPK über die Lage sowie die Gebäulichkeiten diskutieren. Eine Ertragswertberechnung muss zusätzlich erstellt werden, ist doch das Gebäude mit einem Betrag von 850'000 Franken veranschlagt. Dies ergibt einen Kubikmeterpreis von Fr. 1300.--/m³ und ist damit doppelt so teuer, wie bei einem normalen Wohnungsbau. Die Ästhetik darf auch kein Tabu sein. In der Vergangenheit ist enorm viel Geld für Platzgestaltungen ausgegeben worden, doch sind die darauf stehenden Gebäude nicht über alle Zweifel erhaben. Als Beispiele werden der Postplatz mit der Velostation sowie der Alleeplatz mit dem darauf stehenden Häuschen erwähnt. Betreffend dem geplanten Gebäude auf dem Wasserturmplatz ist auch noch die Frage zu klären, ob dieses ein- oder zweistöckig sein soll. Die zweistöckige Höhe des Gebäudes ist noch zu diskutieren, obwohl das Objekt als Siegerin aus einem Wettbewerb hervorging.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) informiert, als BPK-Mitglied wird er sich dafür einsetzen, dass das Stadtobjekt wesentlich günstiger als der veranschlagte Betrag von CHF 850'000.— kommen wird. Das Stadtobjekt ist überflüssig und er wird noch eigene Vorschläge betreffend der Platzgestaltung einbringen.

Michael Bischof (FDP) nimmt Bezug auf die Ausführungen des FDP-Fraktionssprechers und hält ergänzend fest, dass die Verkehrssituation gemäss Vorlage völlig unbefriedigend ist. Mit dem erwähnten Wegfall des Durchgangsverkehrs über den Wasserturmplatz wird die Rosenstrasse auch künftig eine Mehrbelastung erfahren. Die in seiner Motion vorgeschlagene Einfahrt über den Wasserturmplatz in den Fischmarkt soll nun auch Realität werden, doch werden Bedenken betreffend der engen Verhältnisse beim Wasserturmplatz mit dem Stadtobjekt und zwei Bushaltestellen angemeldet. Die vom Stadtrat erwähnte Aufwertung des Wasserturmplatzes mit dem Stadtobjekt ist fraglich, ist doch die verbleibende Restfläche für eine variable Nutzung gering. Verschiedene Fragen seinerseits wird er noch der BPK zur Prüfung zukommen lassen.

Ratspräsident Franz Kaufmann (SP) erinnert daran, dass es heute nur um die Überweisung der Vorlage an die BPK geht und deshalb keine Details diskutiert werden sollten.

Hans Brodbeck (FDP) nimmt Bezug auf die Fotoaufnahmen und stellt die Frage, wo der virtuelle Kamerastandort sein könnte, damit man den Wasserturmplatz und den Törlplatz wie abgebildet sehen könnte?

Stadtrat Ruedi Riesen dankt für die erwähnten Anregungen und Fragen der Vorredner. Nicht bei jeder Vorlage sollte aber das im Jahre 2001 vom Einwohnerrat genehmigte Verkehrskonzept immer wieder in Frage gestellt werden. Auch bei einer Realisierung des vorgeschlagenen Projektes würde keine einzige Strasse gesperrt. Das Stadtobjekt wird ab nächstem Montag auch mit Bauprofilen besser veranschaulicht. Auch die gewünschten Berechnungen betreffend Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit werden vom Stadtbauamt nachgeliefert.

://: Die Vorlage Nr. 2009/52 wird einstimmig an die BPK überwiesen.

76 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Fragestunde

1. Frage / Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP): Hat der Stadtrat eine Vision, wie sich Liestal in den nächsten 20 Jahren entwickeln soll? Wenn ja, wo ist diese Vision erhältlich. Wenn nein, was gedenkt der Stadtrat zu unternehmen, um als Basis für seine langfristige Planung zu so einer Vision zu kommen?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Die Frage kann bejaht werden. Der Entwicklungsplan 95 kann beim Stadtbauamt zur Einsichtnahme bezogen werden. Zudem wird der Stadtrat im neuen Entwicklungsplan 2010-2014 die Visionen in einer Zusammenfassung aufzeigen.

2. Frage / Vreni Wunderlin (FDP): An Markttagen wird den Marktfahrern die Kasernenstrasse zur Parkierung ihrer Fahrzeuge zugewiesen. Es hat sich aber erwiesen, dass diese Parkplätze bei weitem nicht ausreichen. Für einen Teil der Marktfahrer besteht ein Parkierungsnotstand. Viele werden für falsches Parkieren gebüsst. Ist sich der Stadtrat der Situation bewusst und welche Massnahmen sind vorgesehen?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: An den Markttagen erhalten die Marktfahrer vom Marktchef eine Parkkarte für die Militärstrasse und nicht für die Kasernenstrasse. Damit die Marktfahrer genügend Parkplätze vorfinden, werden diese Parkplätze auch explizit für die Marktfahrer reserviert. Es gibt aber einige Marktfahrer, welche ihr Fahrzeug nicht an der Militärstrasse parkieren möchten, da ihnen der Weg zu weit ist. Die Fahrzeuge werden dann auf einem gebührenpflichtigen Parkplatz im oder in der Nähe des Zentrums parkieren. Diese Marktfahrer begehen gezwungenermassen einen Verkehrsregelverstoß, da die Parkdauer auf den meisten dieser Parkplätze nur 2 Stunden beträgt und ein Nachzahlen verboten ist. Aus diesem Grund werden bei Kontrollen Bussen ausgesprochen.

3. Frage / Elisabeth Augstburger (CVP/EVP/GLP): Anscheinend soll auf sämtlichen Spielplätzen das Fussballspielen verboten werden. Gibt es eine Möglichkeit, das Fussballspielen zu erlauben, wenn dieser beispielsweise wie der Spielplatz Fraumatt von einem 3 Meter hohen Zaun umgeben ist?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Aufgrund von Reklamationen wurden die Benützungsordnungen für die Schulanlagen, die Kindergärten, die Spielplätze und das Kunstrasenfeld durch eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitarbeitern der Bereiche Bildung, Betriebe, Stadtbauamt sowie Recht und Sicherheit, überarbeitet. Nach einer zweiten Lesung wurden die Benützungsordnungen durch den Stadtrat am 18.11.2008 genehmigt. Bei der Ausarbeitung wurde speziell darauf geachtet, dass auf den Spielplätzen auch Kleinkinder spielen. Durch das Fussballspielen besteht die Gefahr, dass ein Kleinkind durch einen Fussball am Kopf getroffen und dadurch verletzt wird. Dieses Risiko wollte die Arbeitsgruppe nicht eingehen und verwies darauf, dass für das Fussballspielen die Schulanlagen und das Kunstrasenfeld zur Verfügung stehen.

4. Frage / Matthias Zimmermann (SP): Unterhalb des Restaurants Portofino am Fischmarkt befindet sich auf der Seite Seestrasse ein Nachtlokal, welches sich „Bora Bora“ nennt und in den Nächten vom Freitag bis Sonntag durch intensives Autotürschletzen, lautes alkoholisiertes Geschrei und intensives Littering auf den umliegenden Liegenschaften äusserst unangenehm auffällt. Es macht den Eindruck, dass hier auch Minderjährige ein- und ausgehen. Was weiss der Stadtrat über den Betrieb bzw. die Trägerschaft dieses Lokals? Sind schon andere Klagen eingetroffen?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Mit Verfügung vom 10.12.2007 erteilte das Pass- und Patentbüro dem Gesuchsteller die Bewilligung, das Restaurant „DJ Club Bora Bora“ an der Seestrasse 21 in Liestal zu führen. Aufgrund der Stellungnahme der Stadt Liestal wurde die Bewilligung auf 1 Jahr befristet. Mit Verfügung vom 09.12.2008 wurde die Bewilligung unbefristet verlängert, da weder bei der Stadt Liestal noch bei der zuständigen Polizei Basel-

Landschaft Klagen eingegangen sind. Falls bei der zuständigen Polizei Basel-Landschaft oder der zuständigen Bewilligungsbehörde seither Klagen wegen Gesetzes- oder Reglementsverstössen eingegangen sind, so entzieht sich dies der Kenntnis der Stadt Liestal, da für solche Klagen die kantonalen Instanzen zuständig sind. Aufgrund der gemachten Feststellungen des Fragestellers wird die Stadt Liestal der zuständigen kantonalen Instanz Meldung erstatten.

5. Frage / Hansrudolf Schafroth (SVP): Bezugnehmend auf das Postulat „Sauberes Liestal“ (Nr. 2006/102) möchte er wissen, ob mit den bisher getroffenen Massnahmen wiederum neue Erfolge für eine saubereres Liestal zu verzeichnen sind und ob man dazu auch dieses Jahr wieder einen Zwischenbericht erwarten darf?

Stadtträtin Marion Schafroth: Die Erfolge betreffend einem sauberem Stedtle können selbst festgestellt werden und werden von ihr selbst nicht qualitativ gewertet. Am Anfang der Kampagne wurde festgehalten, dass es sich um einen Dauerauftrag handelt. Weitere Aktionen der regionalen Abfallgruppe sind auch für dieses Jahr geplant, doch kann diesbezüglich heute über nichts Genaueres berichtet werden. Der Zwischen- und/oder Schlussbericht kann für nächstes Jahr in Aussicht gestellt werden.

6. Frage / Corinne Ruesch (GL): Wird im nächsten Entwicklungsplan ein konkreter Betrag für das „Haus zur Allee“ eingestellt, damit dieses gleichzeitig mit der Umgebung umgebaut werden kann?

Stadtpräsidentin Regula Gysin: Ja, es wird ein Betrag im Entwicklungsplan eingestellt und die Arbeiten sowie die Terminierung im Gesamtkonzept „Neugestaltung Allee“ mitberücksichtigt.

7. Frage / Hans Brodbeck (FDP): Im Burgquartier bis zur Hanro war die Zone 30 rund 5 Monate lang markiert, konnte aber nicht in Kraft gesetzt werden. Zeitgleich mit der Inkraftsetzung wurde an der Langhagstrasse eine bestehende neue Signaltafel „Zone 30“ mit einem aufwändigen Sockel um 15,5 cm versetzt. Waren diese 15,5 cm die Ursache der langen Verzögerung zur Einführung der Zone 30?

Stadttrat Ruedi Riesen: Die 15,5 cm waren tatsächlich der Grund für die Verzögerung.

Zusatzfrage: Welche Kosten entstanden der Stadt in den 5 Monaten, zum Beispiel durch das Wiederanbringen aller entfernten Markierungen der Stoppstrassen?

Stadttrat Ruedi Riesen: Die beauftragte Markierungsfirma war etwas voreilig gewesen und hatte die Stoppsäcke noch vor Wintereinbruch entfernt. Die Ersatzmarkierung und die Folgekosten sind von der Markierungsfirma übernommen worden.

8. Frage / Hans Brodbeck (FDP): Ortsunkundige Autofahrerinnen und Autofahrer suchen vermehrt und auffallend oft vor dem Törli ihren Weg. Im Bereich Nonnenbodenweg, Hotel Engel, Seltisbergerstrasse und Törli sind nur noch für das „Parkhaus Bücheli“ und „Seltisberg“ ausgeschildert. Sind Massnahmen zur Verbesserung der Signalisation vorgesehen?

Stadttrat Ruedi Riesen: Ja, der Stadtrat ist sich dessen bewusst und beim Kanton wurden im letzten Sommer und letztmals nochmals vor rund zwei Monaten Nachbesserungen verlangt. Die Anträge wurden von der kantonalen Verkehrsabteilung zurückgewiesen und damit begründet, dass die Neusignalisationen erst 2010 nach der Eröffnung des Schild-Kreisels vorgenommen werden.

9. Frage / Regina Vogt (FDP): Im September 2004 wurde die Vorlage Nr. 2001/69 betreffend dem Quartierplan Cheddite verabschiedet. Ist das Geschäft eingeschlafen oder ist in dieser Angelegenheit proaktives Vorgehen gefragt?

Stadttrat Ruedi Riesen: Auch der Stadtrat ist an einem baldigen Baubeginn interessiert. Die Stadt ist kürzlich von der Grundeigentümerin darüber in Kenntnis gesetzt worden, dass noch kein Käufer bzw. Investor gefunden werden konnte. Die Stadt Liestal kann nicht proaktiv etwas unternehmen.

10. Frage / Regina Vogt (FDP): Ende März 2008 wurde die Vorlage Nr. 2007/184 betreffend dem Quartierplan Rebgarten verabschiedet. Wie weit ist dieses Projekt gediehen?

Stadtrat Ruedi Riesen: Mit den Besitzern werden Verhandlungen betreffend der Finanzierung der Parkierungsanlage geführt. Man hofft, dass mit der Projektumsetzung auch im Sinne der Investoren noch dieses Jahr begonnen werden kann.

11. Frage / Sabine Sutter (FDP): Im Frenkenquartier wurde Tempo 30 eingeführt und es halten sich längst nicht alle Fahrzeuglenker an dieses Tempo. An der Gitterlistrasse wurde der Fussgängerstreifen bis jetzt belassen, an der Frenkenstrasse und am Benzburweg jedoch aufgehoben. In der Frenkenstrasse überqueren Schüler die Strasse um in das Frenkensschulhaus zu gelangen und am Benzburweg viele Kindergartenkinder, um den Kindergarten Gräubern zu besuchen. Und genau an diesen beiden Stellen wurde der Fussgängerstreifen entfernt. Ist der Stadtrat bereit, diese Verantwortung zu tragen und wäre es vor allem zur Sicherheit der Kindergartenkinder nicht möglich, erneut einen Fussgängerstreifen am Benzburweg, allenfalls auch an der Frenkenstrasse, zu erstellen?

Stadtrat Ruedi Riesen: Im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens „Tempo 30“ wollte der Stadtrat die Fussgängerstreifen belassen, obwohl dies grundsätzlich in Tempo 30-Zonen nicht vorgesehen ist. Die kantonale Verkehrsabteilung hatte dies aber abgelehnt und nach dem Insistieren der Stadt erfahren, dass die Situation während eines Jahres beobachtet wird. Basierend auf den Schlussfolgerungen werden gegebenenfalls die Fussgängerstreifen wieder markiert.

Hans Brodbeck (FDP): Touristenorte gehen wieder dazu über, auch in reinen Fussgängerzonen die Fussgängerstreifen wieder zu markieren.

12. Frage / Jürg Holinger (GL): Im Planungsbericht zur Teilrevision Ortsplan Siedlung wurde von Seiten der Verwaltung darauf hingewiesen, dass vorgesehen ist, die Radrouten in den Stassennetzplan zu integrieren bzw. den Strassennetzplan zu ergänzen. Wann sind diese Vorarbeiten abgeschlossen und wann kann eine entsprechende Vorlage zur Ergänzung des Strassennetzplanes dem Einwohnerrat vorgelegt werden?

Stadtrat Ruedi Riesen: Die Vorlage wird dem Einwohnerrat im Juni 2009 eingereicht.

13. Frage / Jürg Holinger (GL): Wird bei der Gewichtung der Kriterien bei der Vergabe von Baufträgen durch die Stadt die Beschäftigung von Lehrlingen in der anbietenden Firma berücksichtigt? Wenn ja, seit wann wird das so praktiziert und mit welchem Prozentsatz gewichtet?

Stadtrat Ruedi Riesen: Bei offiziellen Submissionen ist das Kriterium „Lehrlingsausbildung“ mit Gewichtung nicht gestattet. Der Stadtrat hat die Verwaltung angewiesen, bei Direktaufträgen dieses Kriterium zu berücksichtigen. Beim Kanton ist zurzeit eine Gesetzesänderung in der Vernehmlassung, welche das Kriterium Lehrlingsausbildung bei den Arbeitsvergebungen thematisiert.

14. Frage / Matthias Zimmermann (SP): Bei einem kürzlichen Besuch im Rathaus ist im aufgefunden, dass beim Informationsstander keine Prospekte und Unterlagen der Parteien aufliegen. Eine Dame der Einwohnerkontrolle hatte ihm auf Anfrage bestätigt, dass solche Unterlagen nicht aufgelegt werden. Ist der Stadtrat nicht auch der Meinung, dass politische Ortsparteien in dieser Hinsicht nicht diskriminiert werden sollten? Und wäre der Stadtrat gegebenenfalls bereit, der Einwohnerkontrolle entsprechende neue Weisungen zu erteilen?

Stadtrat Peter Rohrbach: Die Damen am Infoschalter hatten die richtige Auskunft gegeben, da nur Informationsmaterial von Stadt und Kanton sowie Bund aufgelegt werden. Unterlagen betreffend Veranstaltungen von Ortsparteien werden zwei Wochen vor dem Anlass aufgelegt. Der Stadtrat wird sich betreffend dem Auflegen von Unterlagen der Ortsparteien Gedanken machen und die Weisung gegebenenfalls entsprechend anpassen. Wegen angeblicher Nutzungsvorbehalte einer städtischen Kommission können im Rathauseingang auch nicht beliebig Infoständer aufgestellt werden. Bei einer Weisungsänderung würden auch alle Parteien die entsprechenden Informationen erhalten.

15. Frage / Sabine Ammann (CVP/EVP/GLP): Ende letzten Jahres wurden von der Stadt Bettelbriefe an verschiedene Firmen und Vereine verschickt. Sie fragte nach Sponsorenbeiträgen, um den Spielplatz Langhag instand stellen zu können. Aus welchem Grund kann die Stadt die finanziellen Ressourcen nicht selbst aufbringen und verschickt Bettelbriefe?

Stadträtin Marion Schafroth: Die von einer Elterngruppe gestellten Forderungen hätten den Budgetposten masslos gesprengt und so konnten mit einem gemeinsamen Bettelbrief finanzielle Beiträge in beachtlicher Höhe beschafft werden, womit man den Wünschen gerecht werden konnte.

16. Frage / Sabine Ammann (CVP/EVP/GLP): Auf dem Spielplatz Langhag besteht seit Monaten eine dauerhafte Baustelle. Warum braucht die Stadt so lange und wann wird die Instandstellung fertig sein?

Stadträtin Marion Schafroth: Wegen der Witterungsverhältnisse und langen Wintermonate konnten die Eigenleistungen der Anwohnerschaft sowie Betriebe nicht wie geplant erbracht werden. Die Eröffnung des Spielplatzes ist auf den 20.06.2009 geplant.

17. Frage / Peter Furrer (CVP/EVP/GLP): Wie ist der Status betreffend der Einführung von Fussball für Frauen und Mädchen in Liestal?

Stadtrat Lukas Ott: Die Gründung von Fussballteams gehört verständlicherweise nicht zu den Kernaufgaben des Stadtrates. Im Zusammenhang mit der Anschaffung des neuen Kunstrasens wurde die Erwartung beim Fussballclub deponiert, dass dieser auch Frauen und Mädchen das Fussballspielen anbietet. In Zusammenarbeit mit dem FC Liestal und dem Sportamt des Kantons wird im Sommer ein Fussballcamp für fussballinteressierte Mädchen durchgeführt. Der FC Liestal hat zudem versichert, dass das Ziel betreffend der Gründung einer Mädchenmannschaft weiterverfolgt wird.

18. Frage / Peter Furrer (CVP/EVP/GLP): Bis wann kann die Finnenbahn-Verlängerung realisiert werden?

Stadträtin Marion Schafroth: Die Finnenbahnverlängerung ist im Jahresprogramm 2009 eingestellt und wird von den Betrieben im 3. Quartal dieses Jahres in Angriff genommen.

19. Frage / Michael Bischof (FDP): Mit den Aktivitäten des deutschen Finanzministers Steinbrück ist das Bild des hässlichen Deutschen neu definiert worden. Hat sich der Stadtrat überlegt, dass Steinenbrückli gegebenenfalls umzubenennen?

Vom Ratspräsidium wird festgestellt, dass betreffend der spassigen Frage keine Antwort des Stadtrates erwartet wird.

Schluss der Sitzung: 21.00 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Franz Kaufmann

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann